

A N T R A G
zu Drs. 21/19709

**der Abg. Franziska Rath, Birgit Stöver, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,
Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Medizinische Versorgung in allen Lebenslagen sichern – Endlich die
Lücken bei der Krankenversorgung für Obdachlose umfassend schließen**

In der Vergangenheit hat die CDU-Fraktion mehrfach gefordert, die Lücken bei der Krankenversorgung für Obdachlose umfassend zu schließen (Drs. 21/17140, Drs. 21/19266). Bisher hatte Rot-Grün sich den von uns geforderten Maßnahmen verweigert. Umso mehr freut es die CDU-Fraktion, dass es so kurz vor der Wahl doch noch ein Umdenken bei den Regierungsfractionen gibt und sie ihre Forderungen formulieren. Diesen schließen wir uns an. Allerdings sind uns einige Forderungen von Rot-Grün nicht konkret und nicht umfänglich genug. Nur über die Ergebnisse der Befragung der Gesundheitsbehörde zum Entlassungsmanagement der Krankenhäuser zu berichten, ist zu wenig, wenn man die Probleme bei der Gesundheitsversorgung obdachloser Menschen seriös angehen möchte. Wir wissen bereits, dass es Defizite gibt. Daher fordern wir, dass der Senat in Abstimmung mit den Krankenhäusern das Entlassungsmanagement überarbeitet. Auch fehlen im Pik As nicht nur Plätze für kranke Obdachlose, sondern auch medizinisches Personal, was zumindest vor Ort Sprechstunden abhält.

Zudem sehen wir noch weitere Lücken bei der Versorgung, die geschlossen werden müssen. So fehlen Unterbringungsmöglichkeit für schwer pflegebedürftige und sterbende Obdachlose. Auch ist es schockierend, dass es in einer Großstadt wie Hamburg nur 16 Plätze in der geschlossenen Unterbringung für psychisch kranke Patienten gibt. Wie der NDR berichtete, sehen sich Krankenhäuser genötigt, Patienten aufgrund fehlender Plätze in diesem Bereich in die Obdachlosigkeit zu entlassen. Dass der Senat, der offiziell bekundet, Obdachlosigkeit zu reduzieren und zu verhindern, hier keine Abhilfe schafft, ist nicht hinnehmbar.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Antrag Drs. 21/19709 wird um folgende Punkte ergänzt:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Abstimmung mit den Krankenhäusern das Entlassungsmanagement zu überarbeiten,
2. medizinisches Personal auch im Pik As einzusetzen,
3. Unterbringungsmöglichkeit für schwer pflegebedürftige und sterbende Obdachlose bereitzustellen,
4. zu ermitteln, wie viele Plätze in der geschlossenen Unterbringung für psychisch kranke Patienten notwendig sind, einen Plan vorzulegen, bis wann er wie diese Plätze zu schaffen gedenkt und hierüber bis Ende 2020 zu berichten.